

Kues-Newsletter (135)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde der CDU,



morgen entscheidet der Bundestag über die **Finanzhilfen für Griechenland**. Fest steht: dass wir etwas tun müssen, ist **alternativlos**. Denn ein Staatsbankrott Griechenlands hätte auch für uns in Deutschland fatale Folgen. Wie es Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Rede formuliert hat: Europa steht am Scheideweg. Zugleich besteht eine große Unsicherheit, denn wir befinden uns in einer bisher nicht gegebenen Situation; selbst Expertenmeinungen unterscheiden sich. Aufgabe der Politik ist es also, sich eine Meinung zu bilden und mithilfe eines Abwägungsprozesses eine Lösung zu finden.

1. Hintergründe:

Griechenland befindet sich in einer schweren Schuldenkrise. Das griechische **Staatsdefizit lag 2009 bei 13,6 Prozent**. Die Kreditwürdigkeit Griechenlands wurde stark herabgestuft, so dass es für Griechenland immer schwieriger und vor allem immer teurer wird, auf dem Markt an Kredite zu kommen. Ein Staatsbankrott Griechenlands hätte allerdings fatale Folgen insbesondere auch für Deutschland. Deutsche Banken und Versicherungen halten griechische Staatsschulden im Wert von über 40 Milliarden Euro. Die Pleite Griechenlands wäre deutlich verheerender als der Zusammenbruch von Lehman Brothers, **eine zweite Finanzkrise mit unübersehbaren Folgen** wäre wahrscheinlich.

2. Details des Rettungspaketes

Griechenland erhält in diesem Jahr von den Euroländern und dem IWF Finanzhilfen im Wert von 45 Milliarden Euro. **Deutschland beteiligt sich mit 8,4 Milliarden Euro** in Form von Krediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Es handelt sich also nicht um Geldtransfers, sondern um Kredite, die von Griechenland langfristig auch zurückgezahlt werden müssen. Der deutsche Staat haftet dann, wenn Griechenland nicht zurückzahlen kann. Bisher ist es allerdings noch nie vorgekommen, dass Finanzhilfen des IWF nicht zurückgezahlt wurden. In den nächsten 3 Jahren wird Deutschland sich mit insgesamt rund 22 Milliarden Euro beteiligen. Ziel ist es, Griechenland dazu zu verhelfen, **dauerhaft an wirtschaftlicher Kraft zurückzugewinnen**. Insbesondere der Bundeskanzlerin ist es zu verdanken, dass Griechenland für die Finanzhilfen als Gegenleistung ein umfassendes Spar- und Reformpaket auf den Weg bringt.

3. Bankenabgabe

Es ist klar, dass die Entscheidung für ein solch umfassendes Hilfspaket nicht leicht fällt. Die Bundesregierung fordert daher zur Unterstützung der Finanzhilfen eine **Bankenabgabe**. Diese Forderung entspricht den Empfehlungen des IWF. Die von der SPD vorgeschlagene Finanztransaktionssteuer hilft nicht. Der IWF warnt davor, dass eine solche Steuer auch die Realwirtschaft treffen würde. Besonders in Betracht der aktuellen Wirtschaftslage wäre dies ein äußerst unerwünschter Nebeneffekt.

Ihr

